

# Letzte Orientierungshilfe vor der Wahl

Schüler fühlen im Scala sieben Bundestagskandidaten auf den Zahn

VON FRANK KLEIN

Der erste Urnengang ist für junge Menschen ein besonderes Ereignis. Doch die politische Positionierung fällt nicht gerade leicht. Eine letzte Orientierungshilfe vor der Wahl bot am Dienstagnachmittag eine Podiumsdiskussion im Scala, die die Außenstelle Ludwigsburg der Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit zwei Stuttgarter Institutionen – dem staatlichen Seminar für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte und dem evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof – organisiert hatte.

Auf der Bühne beantworteten mit Steffen Bilger (CDU), Macit Karaahmetoglu (SPD), Sandra Detzer (Grüne), Oliver Martin (FDP), Martin Hess (AfD), Andreas Frisch (Die Linke) und Martin Pfaff (Freie Wähler) sieben Bundestagskandidaten aus dem Wahlkreis Ludwigsburg Fragen von Moderatoren des Sindelfinger Gymnasiums Unterrieden. Im Publikum saßen etwa 100 Schüler aus Ludwigsburg und Stuttgart.



Die Themen waren auf die Interessen junger Menschen zugeschnitten. Etwa die Frage, ob die Kandidaten die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre befürworteten. Der Freie Wähler Pfaff zeigte sich skeptisch. „Ich spreche dem einen oder anderen die geistige Reife ab, das gilt genauso für manche 20-Jährige.“ Vielversprechender sei eine Vertretung für Minderjährige auf Bundesebene, analog zu Jugendgemeinderäten in den Kommunen.

Er unterstütze es, wenn sich junge Leute politisch engagierten, meinte Hess (AfD). „Allerdings hätte ich mir gewünscht, dass die Fridays-for-Future-Demos am Wochenende stattgefunden hätten. Sich über fehlende Lehrer und Unterrichtsausfälle zu beschweren und dann einen Schultag zu opfern, ist logisch nicht stringent.“ Vollumfängliche staatsbürgerschaftliche Rechte und Pflichten träten erst mit der

Volljährigkeit ein, darunter falle auch das Wahlrecht.

Linken-Kandidat Frisch widersprach. Er befürworte „außerparlamentarischen Aktionismus auf der Straße“. Ein Streik sei nur unter der Woche sinnvoll, „sonst wäre es kein Streik“. Abgesehen davon unterstütze die Linke das Wahlrecht mit 16 auf Bundes- und Landesebene.

Das Wahlrecht mit 16 steht auch im Wahlprogramm der Grünen. Laut einer aktuellen Umfrage fühlten sich 70 Prozent aller jungen Menschen nicht ausreichend von den Parteien vertreten, sagte Detzer. In Deutschland lebten mehr junge als alte Menschen, die Bevölkerungspyramide habe sich umgedreht. Das führe dazu, dass sich die Interessen der Älteren stärker in Wahlergebnissen widerspiegeln. „Klimapolitik etwa spielt für die Älteren häufig nicht so eine wichtige Rolle.“

Der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner hatte den Klimaschutz mit Blick auf die Fridays-for-Future-Demos als „Sache für Profis“ bezeichnet. Er ha-

be diese Äußerung mit Staunen zur Kenntnis genommen, sagte Martin, „das ist Unfug“. Jugendliche engagierten sich früher als in vergangenen Jahrzehnten, „ein Wahlalter ab 16 ist sinnvoll.“

Bilger wurde auf das hohe Durchschnittsalter seiner Parteimitglieder von 61 Jahren angesprochen. Wie sich die CDU angesichts dieser Altersdiskrepanz für junge Menschen einsetzen wolle, fragte einer der Moderatoren. „Nicht jeder, der alt ist, ist auch alt im Kopf“, entgegnete Bilger und verwies darauf, dass die Junge Union in Baden-Württemberg fast so viele Mitglieder wie die Grünen habe. Zudem gebe es viele junge CDU-Bundestagskandidaten, „wir brauche in den Parlamenten eine Mischung aus Jung und Alt“.

Um Bildungsgerechtigkeit für Kinder aus Migrantenfamilien oder aus bildungsfernen Milieus zu ermöglichen, brauche es Unterstützung, betonte Sozialdemokrat Karaahmetoglu. „Frühkindliche Bildung, ist der Schlüssel für mehr Bildungsgerechtigkeit.“